

Wolfgang Bock (Hrsg.)

Islamischer Religionsunterricht?

Rechtsfragen, Länderberichte, Hintergründe



Mohr Siebeck

Bildung einer oder mehrerer islamischer Religionsgemeinschaften ohne besondere nationale oder politische Prägung der religiösen Zwecksetzungen.

Stefan Koriath

Islamischer Religionsunterricht und Art. 7 Abs. 3 GG

I. Einführung

Am 29./30. Oktober 1998 fand in Toledo eine internationale Konferenz zum Thema „Muslime und der Aufbau Europas“ statt. Veranstalter war der Islamische Kooperationsrat in Europa; unterstützt wurde die Tagung vom spanischen Justizministerium und der Europäischen Union. Die Kooperation dieser Veranstalter und die Tagungsfrage nach der Bedeutung muslimischer Minderheiten im zukünftigen Europa spiegeln einen fundamentalen kulturellen Wandel wider. In den Staaten der Europäischen Union ist der Islam zu einem gewichtigen religiösen Faktor geworden, wenngleich mit großen Unterschieden in den Ursachen und Ausprägungen.

In Deutschland gibt es zur Zeit etwa 2,8 bis 3,2 Millionen Muslime. Die Etablierung des Islam als drittgrößte religiöse Richtung ist in Deutschland lange fast unbemerkt geblieben. „Inzwischen“ aber – so die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 8. November 2000 auf eine große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zum Thema „Islam in Deutschland“ – „wird der Islam in Deutschland auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen zur Kenntnis genommen.“¹ Die Situation in Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass die meisten Muslime ausländischer Herkunft und Staatsangehörigkeit sind. Die Zahl der deutschen Staatsangehörigen islamischen Glaubens beträgt nur etwa 370.000 bis 450.000. Die meisten Muslime stammen aus der Türkei², leben aber auf Dauer in Deutschland. Ein schwieriger Spagat zwischen der Wahrung religiöser und kultureller Identität und gesellschaftlicher Integration ist bei der Mehrzahl der hier lebenden Muslime vorgezeichnet.

Zu Beginn der neunziger Jahre stellte der Politologe *Claus Leggewie* fest: „Ob Europa multireligiös wird, ist gar keine Frage mehr, sondern nur

¹ BT-Drs. 14/4530, 5f. (dort auch die Zahlenangabe). Näher *Ursula Spuler-Stege-mann*, *Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen*, Freiburg 2002³; *Thomas Lemmen*, *Muslime in Deutschland. Eine Herausforderung für Kirche und Gesellschaft*, Baden-Baden 2001.

² In Deutschland leben zur Zeit ungefähr 2,3 Millionen Menschen, die aus der Türkei stammen, vgl. BT-Drs. 14/4530, 6.

noch wie.“³ Mit Blick auf Deutschland ist die beliebte Formel von der religiösen Pluralisierung allerdings ergänzungsbedürftig. Parallel zur religiösen Pluralisierung, die den Charakter religiöser Traditionen als sektoral begrenzte Teilsysteme der Gesellschaft verstärkt, und unabhängig von ihr nimmt religiöse Indifferenz zu. Dieser Prozess der Marginalisierung von Religion in ihrer spezifischen Bedeutung freilich bewegt sich im Umfeld der christlichen Kirchen, die in manchen Regionen, insbesondere in den neuen Ländern, die schwierige Entwicklung von der Volks- zur Minderheitenkirche bereits durchlaufen haben.

Es ist ein Gemeinplatz, dass durch beide Tendenzen für das staatliche Religionsrecht neue Herausforderungen entstehen. Schon lange betrifft das Staatskirchenrecht nicht mehr ausschließlich das Verhältnis von Staat und christlicher Religion. Die Identität von Staatsbürger und Mitglied einer Volkskirche – wenn es sie überhaupt je gegeben hat – ist dahin. Schon lange geht es um die Frage, ob und wie weit die überkommenen Formen des Staatskirchenrechts den neuen Entwicklungen angemessen sind.

Folgen hat dies zunächst im Bereich des Grundrechts der Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG). Religiöse Pluralisierung schlägt sich juristisch zuerst in grundrechtlichen Fragestellungen nieder. Mit einiger Vereinfachung lässt sich sagen: Das Grundrecht, menschenrechtlich und vorstaatlich geprägt und verwurzelt, steht jeder Religion, jedem Glauben offen; es ist grundsätzlich anpassungsfähig. Tendenziell anders verhält es sich mit den institutionellen Teilen unseres Staatskirchenrechts. Sie stehen in einer spezifisch deutschen Tradition. Sie sind nur bedingt anpassungsfähig.⁴ Dabei verlangen aber die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates und das Grundrecht der Religionsfreiheit – hier schließt sich der Kreis – die grundsätzliche Offenheit der institutionellen Teile des Staatskirchenrechts für unserem Kulturkreis neue Religionen. Weit größere Schwierigkeiten als im Bereich des Art. 4 GG werfen die neuen Entwicklungen deshalb in denjenigen institutionell geprägten Bereichen des Staatskirchenrechts auf, in denen der Staat und bislang ausschließlich die christlichen Kirchen traditionell zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben zusammenwirken.

Ein solcher empfindlicher Berührungspunkt zwischen Staat und Religion ist der Religionsunterricht in den öffentlichen Pflichtschulen nach Art. 7 Abs. 3 GG. Kein anderes Element des geltenden Staatskirchenrechts verknüpft den Staat vergleichbar eng mit den Angelegenheiten der Religi-

³ Claus Leggewie, *Alhambra – Der Islam im Westen*, Reinbek 1993, 175.

⁴ Allgemein dazu Stefan Koriath, *Vom institutionellen Staatskirchenrecht zum grundrechtlichen Religionsverfassungsrecht? Chancen und Gefahren eines Bedeutungswandels des Art. 140 GG*, in: *Der Staat des Grundgesetzes – Kontinuität und Wandel*, Festschrift für Peter Badura, Tübingen 2004, 727ff.

on. So überrascht es nicht, dass religiöse Indifferenz und religiöse Pluralisierung gerade im Umfeld des Art. 7 Abs. 3 GG spürbar sind. Für die Tendenz der Marginalisierung der Religion steht das neue Unterrichtsfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde (LER), das in Brandenburg an die Stelle des Religionsunterrichts treten sollte, nunmehr aber – nach dem „Vergleich“ vor dem Bundesverfassungsgericht⁵ – neben einen Religionsunterricht getreten ist, der in Abweichung von Art. 7 Abs. 3 GG als nicht-staatliches Angebot der Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Schule erteilt wird.⁶ LER zielt kaum verhüllt auf die Emanzipation der Schüler von der Religion. Bei LER geht es letztlich um die Frage, ob überhaupt und wie Religion in der öffentlichen Schule ihren Platz hat. Für die Pluralisierung steht die Diskussion um die Einführung islamischen Religionsunterrichts, die seit 20 Jahren in den alten Ländern der Bundesrepublik geführt wird.⁷ Hier geht es um die Frage, ob neue Religionen in der alten Form des Art. 7 Abs. 3 GG in der Schule ihren Platz finden. Islamischer Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 GG – das ist derzeit, neben den Voraussetzungen zum Erwerb des Körperschaftsstatus nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV, der Prüfstein der Anpassungsfähigkeit des geltenden Staatskirchenrechts überhaupt. Nicht von ungefähr gehört beides zusammen.

⁵ BVerfGE 104, 305.

⁶ Siehe zur Situation nach Abschluss des LER-Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht und zu den hierauf im Brandenburgischen Schulgesetz getroffenen Regelungen Norbert Janz, *LER in Brandenburg – der Vorhang zu und alle Fragen offen*, LKV 2003, 172f.; ders., „Lebensgestaltung– Ethik – Religionskunde“ im Brandenburgischen SchulG, NJ 2003, 241ff.; Ludwig Renck, *Das Bundesverfassungsgericht und der Brandenburger Schulstreit*, ZRP 2002, 316ff.; ders., *LER-Verfahren gegen das Brandenburgische Schulgesetz beendet*, LKV 2003, 173f.; ders., *Art. 7 Abs. 3 GG und das Bundesverfassungsgericht*, ThürVbl. 2003, 129ff.; Thorsten Ingo Schmidt, *LER – Der Vergleich vor dem BVerfG*, NVwZ 2002, 925ff.; insbesondere zur Novellierung des Brandenburgischen Schulgesetzes siehe Klaus Hanßen, *Unterrichtsfach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde und Religionsunterricht im Land Brandenburg*, LKV 2003, 153ff.

⁷ Zur juristischen Diskussion zuletzt etwa Martin Stock, *Islamunterricht: Religionskunde, Bekenntnisunterricht oder was sonst?*, Münster 2003; Hans Markus Heimann, *Alternative Organisationsformen islamischen Religionsunterrichts*, DÖV 2003, 238ff.; ders., *Inhaltliche Grenzen islamischen Religionsunterrichts*, NVwZ 2002, 935ff.; Stefan Muckel, *Islamischer Religionsunterricht und Islamkunde an öffentlichen Schulen in Deutschland*, JZ 2001, 58ff.; Wolfgang Bock, *Verfassungsrechtliche Probleme der Einführung islamischen Religionsunterrichts*, RdJB 2001, 330ff.; Ulf Häußler, *Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten für die Einrichtung islamischen Religionsunterrichts*, ZAR 2000, 255ff.; Mathias Rohe, *Rechtliche Perspektiven eines islamischen Religionsunterrichts in Deutschland*, ZRP 2000, 207ff.; Martin Heckel, *Religionsunterricht für Muslime?*, JZ 1999, 741ff.; Stefan Koriath, *Islamischer Religionsunterricht und Art. 7 III GG*, NVwZ 1997, 1041ff.

II. Die staatskirchenrechtlichen Fragestellungen

In den alten Ländern stammt mindestens jedes 10. Schulkind aus einer islamischen Familie. Insgesamt dürften es etwa 700.000 sein. In mancher Großstadtklasse überwiegen Kinder muslimischer Eltern. Dennoch hat die Anordnung des Art. 7 Abs. 3 GG, wonach der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach ist, bislang in keinem Bundesland zur Einführung islamischen Religionsunterrichts im Sinne dieser Norm geführt. Es gibt in den Schulen je nach Land verschiedene Formen islamischer Unterweisung außerhalb – oder besser: unterhalb – der Formen des Art. 7 Abs. 3 GG. Daneben gibt es intensive Überlegungen der Kultusverwaltungen, ob und wie islamischer Religionsunterricht eingeführt werden könnte, beispielsweise wurde 2002 in Niedersachsen ein entsprechender Schulversuch in die Wege geleitet.⁸ Hierbei wird in auffallender Weise das staatliche Interesse an der gesellschaftlichen Funktion eines solchen Unterrichts akzentuiert. Schon 1984 hob ein Kommissionsbericht der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) die Bedeutung des schulischen Unterrichts für die Entwicklung muslimischen Selbstverständnisses in einer nichtmuslimischen Umwelt hervor. Muslimische religiöse Unterweisung müsse es den jungen Gläubigen ermöglichen, die Wertnormen der deutschen Gesellschaft zu verstehen und zu akzeptieren und Spannungen zwischen unterschiedlichen Wertvorstellungen auszuhalten.⁹ Nicht eindeutig sind die Reaktionen von Muslimen und muslimischen Verbänden zu den Überlegungen der Schulverwaltungen. Manche verstehen das Fehlen islamischen Religionsunterrichts als Diskriminierung. So sind mehrere Klagen auf Einführung islamischen Religionsunterrichts erhoben worden.¹⁰ Andere islamische Gruppen stehen einer Kooperation mit dem Staat in der Schule skeptisch oder ablehnend gegenüber. Sie bevorzugen die private islamische Unterweisung, etwa in Koranschulen. Es liegt auf der Hand, dass damit

⁸ Siehe hierzu Hans Markus Heimann (FN 7), DÖV 2003, 238ff.; Fritz Erich Anhelm/Bernhard Dressler (Hg.), Islamischer Religionsunterricht in Niedersachsen, Loccumer Protokolle 91/02, Loccum 2003. Zur Praxis in Nordrhein-Westfalen Stock (FN 7), 40ff., 112ff.

⁹ Möglichkeiten religiöser Erziehung muslimischer Schüler in der Bundesrepublik Deutschland, Bericht der Kommission „Islamischer Religionsunterricht“ der KMK vom 20. 3. 1984, 2f.

¹⁰ Allerdings wurde nur in Berlin – wo Art. 7 Abs. 3 GG nicht gilt – einer solchen Klage stattgegeben, vgl. OVG Berlin, NVwZ 1999, 786ff. = DVBl. 1999, 554ff.; hierzu auch Frank Fechner, Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, NVwZ 1999, 735ff.; Gernot Fritz, Religionsunterricht: Berliner Sonderweg nicht mehr gerechtfertigt, BayVBl. 2002, 135ff.

ganz unterschiedliche Verständnisse von der Rolle des Islam in einer abendländischen Gesellschaft verbunden sind.

Damit sind die verfassungsrechtlichen Probleme der Einführung islamischen Religionsunterrichts bereits vorgezeichnet. Die drei Hauptfragen, um die es im folgenden geht, lauten:

- Welche Befugnisse hat der Staat bei der Einrichtung und inhaltlichen Gestaltung eines islamischen Religionsunterrichts, was bedarf der Abstimmung mit islamischen Verbänden und Religionsgemeinschaften?
- Gibt es grundrechtliche Ansprüche von Eltern, Schülern oder Religionsgemeinschaften auf Einrichtung islamischen Religionsunterrichts?
- Welche organisatorischen Voraussetzungen müssen auf Seiten der Religionsgemeinschaften vorliegen, damit die für den Religionsunterricht erforderliche Zusammenarbeit mit dem Staat möglich wird?

1. Befugnisse des Staates und Rechte der Religionsgemeinschaften nach Art. 7 Abs. 3 GG

Die lapidare Anordnung des Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG nimmt den Staat in die Pflicht: „Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach.“ Außer Streit steht, dass diese Gewährleistung nicht nur den (Groß-)Kirchen zugute kommt. Sie kann grundsätzlich auch von Minderheiten und kleineren Religionsgemeinschaften in Anspruch genommen werden. Der Religionsunterricht ist insbesondere nicht auf die christliche Religion beschränkt. Außer Frage steht die Eigenschaft des Islam als Religion im Sinne des Grundgesetzes.¹¹

a) Die Rolle des Staates als Unternehmer des Religionsunterrichts

Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung aus dem Jahre 1987 die Rolle des Staates und die Bedeutung des Art. 7 Abs. 3 Satz 1 GG so beschrieben: „Die Erklärung des Religionsunterrichts zum ordentlichen Lehrfach [...] stellt klar, daß seine Erteilung staatliche Aufgabe und Angelegenheit ist; er ist staatlichem Schulrecht und staatlicher Schulaufsicht unterworfen. Seine Einrichtung als Pflichtfach ist für den Schulträger obligatorisch; der Staat muß gewährleisten, daß er ein Unterrichtsfach mit derselben Stellung und Behandlung wie andere ordentliche Lehrfächer ist. Sein Pflichtfachcharakter entfällt nicht dadurch, daß Art. 7 Abs. 2 GG ein Recht zur Abmeldung einräumt. Diese Befreiungsmöglichkeit hebt ihn zwar aus den übrigen Pflichtfächern heraus, macht ihn aber nicht zu einem Wahlfach im Sinne der allgemeinen schulrechtlichen Terminologie.“¹² In-

¹¹ Vgl. nur Bernd Jeand'Heur/Stefan Koriath, Grundzüge des Staatskirchenrechts, Stuttgart u. a. 2000, Rn. 88.

¹² BVerfGE 74, 244 (251f.).

soweit ist die Beschreibung des schulrechtlichen Zusammenhangs des Religionsunterrichts unstrittig. Die Einrichtung als ordentliches Lehrfach bedeutet, dass der Religionsunterricht grundsätzlich so zu behandeln ist wie die anderen Fächer. Der Staat hat die Kosten zu tragen und ihn im Lehr- und Stundenplan angemessen zu berücksichtigen. Wie bei anderen Fächern kommt den Ländern ein schulrechtlicher Ausgestaltungsspielraum zu. Ob der Religionsunterricht versetzungserheblich ist oder nicht, ob er als Haupt- oder Nebenfach unterrichtet wird, welche Mindestteilnehmerzahl für seine Einrichtung erforderlich ist, das bestimmt der Schulgesetzgeber des Landes.

Insgesamt: Der Religionsunterricht ist staatliche, nicht kirchliche Veranstaltung. Der Staat ist „Unternehmer“¹³ des Religionsunterrichts. Die staatliche Schulaufsicht nach Art. 7 Abs. 1 GG erstreckt sich auch auf den Religionsunterricht, sodass den Staat grundsätzlich eine Verantwortung für dessen Inhalte trifft. All das belegt die feste Verwurzelung des Religionsunterrichts im staatlich geordneten Schulwesen. Der Staat macht die religiöse Unterweisung der Schüler in weitem Umfang zu seiner eigenen Sache. Das lässt sich mit seinem eigenen Interesse an ihr erklären. *Axel Freiherr von Campenhausen* brachte diesen Befund in den sechziger Jahren kurz und bündig auf die Formel, der Religionsunterricht stehe „im Dienste der von Staats wegen für unerlässlich gehaltenen sittlichen Erziehung der Schuljugend“ und sah darin den legitimierenden Grund für die Hereinnahme der Religion in den Bereich der öffentlichen Schule.¹⁴ Genau dieser Gesichtspunkt scheint es zu sein, der – verhaltener vorgetragen und modischer oder zeitgemäßer formuliert – die Kultusverwaltungen derzeit über islamischen Religionsunterricht nachdenken lässt. Der Staat bekundet sein Interesse daran, dass islamische Glaubenslehre nicht in den seinem Einflussbereich entzogenen privaten Koranschulen stattfindet, die zum Teil im Ruf stehen, radikalen politisch-religiösen Gruppen ein verborgenes Tätigkeitsfeld zu eröffnen. Der Islam soll im Rahmen und Raum der öffentlichen Schule seinen Platz finden. Dem sozial segregativen Einfluss der Korankurse soll schulischer islamischer Unterricht entgegenwirken. Daraus resultieren aber wiederum die Vorbehalte, mit denen islamische Glaubensgruppen dem staatlichen Religionsunterricht begegnen. Gingen sie auf den staatlichen Unterricht ein, so träfen sie auf die staatliche Gestaltungskompetenz. Der Grat, auf den sich der Staat begibt, wenn er eine seinem

¹³ Reinhard Schmoeckel, *Der Religionsunterricht. Die rechtliche Regelung nach Grundgesetz und Landesgesetzgebung*, Berlin 1964, 56.

¹⁴ Axel Frhr. von Campenhausen, *Erziehungsauftrag und staatliche Schulträgerschaft*, Berlin 1967, 144. Vgl. hierzu auch die Kritik an dieser Zwecksetzung des Religionsunterrichts bei Hans Markus Heimann, *Ethikunterricht im religiös und weltanschaulich neutralen Staat*, ZevKR 48 (2003), 17 (20ff.), der den Religionsunterricht allein als Ausdruck der staatlichen Anerkennung der Religion als Teil von Kultur und Erziehung versteht.

Kulturkreis bislang fremde Religion in die Schule hereinnehmen will, ist schmal: Dies kann Hilfe zur Entfaltung religiöser Freiheit sein, es kann aber auch, gerade weil eine lange erprobte Zusammenarbeit zwischen Staat und Islam fehlt, in fürsorgliche Bevormundung islamischen Lehrens in den Schulen umschlagen.

b) Die Befugnisse der Religionsgemeinschaften

Damit kommen die Befugnisse der Religionsgemeinschaften im Zusammenhang des Religionsunterrichts in den Blick. Nach Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG wird der Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften“ erteilt. Für die Inhalte und Ziele des Religionsunterrichts sind die Vorstellungen der beteiligten Religionsgemeinschaften maßgeblich. Staatlicher Religionsunterricht ist Unterricht nach dem inhaltlichen Verständnis der Religionsgemeinschaft. Dem inhaltlichen Gestaltungsrecht zieht die Verfassung lediglich zwei äußerste Grenzen. Die erste sieht das Bundesverfassungsgericht mit Recht darin, dass „Religionsunterricht“ ein Begriff des staatlichen Rechts ist und deshalb nicht der Definitionskompetenz der Religionsgemeinschaften unterliegt. „Auch wenn dieser Begriff nicht in jeder Hinsicht festgelegt ist, sondern wie der übrige Inhalt der Verfassung ‚in die Zeit hinein offen‘ bleiben muss, um die Lösung von zeitbezogenen und damit wandelbaren Problemen zu gewährleisten, verbietet sich eine Veränderung des Fachs in seiner besonderen Prägung, also in seinem verfassungsrechtlich bestimmten Kern.“¹⁵ Die zweite Grenze sieht das Zusammentreffen staatlicher Gestaltungsbefugnisse mit solchen der Religionsgemeinschaften. Deren Bestimmungsrechte bestehen nach Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG „unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts“. Das Bundesverfassungsgericht versteht die Schulaufsicht im Sinne des Art. 7 Abs. 1 GG als die Befugnis des Staates zur Planung und Organisation des Schulwesens mit dem Ziel, ein Schulsystem zu gewährleisten, das allen jungen Bürgern gemäß ihren Fähigkeiten die dem heutigen gesellschaftlichen Leben entsprechenden Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Deshalb gehören zum staatlichen Gestaltungsprogramm auch das inhaltliche und didaktische Programm der Lernvorgänge.¹⁶ Der Staat muss und darf also nicht jede inhaltliche Gestaltung des Religionsunterrichts hinnehmen. Die Vermittlung von Religion in der öffentlichen Schule steht unter dem Vorbehalt der Beachtung grundlegender staatlicher Erziehungsziele. Der Religionsunterricht verlangt ein qualifiziertes Zusammenwirken von Staat und Religionsgemeinschaften. Die Basis der Befugnisse des

¹⁵ BVerfGE 74, 244 (252f.).

¹⁶ BVerfGE 34, 165 (182); 45, 400 (415); 59, 360 (377); vgl. zur Entwicklung im Verständnis des staatlichen Aufsichtsrechts Uta Hildebrandt, *Das Grundrecht auf Religionsunterricht*, Tübingen 2000, 57ff.

Staates liegt im Bereich des Organisatorischen, die Befugnisse der Religionsgemeinschaften beziehen sich auf den Inhalt des Religionsunterrichts. Im Ergebnis aber sind beide Befugnisbündel miteinander verknüpft. Organisation und Inhalt sind weder theoretisch noch praktisch exakt trennbar.

c) Staatliche Aufsicht und religionsgemeinschaftliche Selbstbestimmung

Die entscheidende Frage ist daher, in welchem Umfang der sich aus dem staatlichen Aufsichtsrecht ergebende Gesetzesvorbehalt die Gestaltung der Unterrichtsinhalte durch die Religionsgemeinschaft beschränken kann. Die Lösung dieses Spannungsverhältnisses muss sich daran orientieren, dass die Reichweite der Rechtfertigung durch das staatliche Aufsichtsrecht im Lichte von Art. 4 Abs. 1 und 2 GG zu bestimmen ist, um das Grundrecht der Religionsfreiheit auch für den Religionsunterricht möglichst effektiv werden zu lassen. Einen solchen differenzierten Verhältnismäßigkeitsmaßstab, der auf die Wechselwirkungskonzeption des Lüth-Urteils¹⁷ zurückgeht und im vorliegenden Zusammenhang einerseits die Religionsfreiheit und andererseits die damit kollidierenden Rechte Dritter oder sonstigen Verfassungsgüter in ein angemessenes Verhältnis bringen will, zieht das Bundesverfassungsgericht in seiner neueren Rechtsprechung auch heran, um den Umfang der Schranke des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften nach Art. 137 Abs. 3 WRV zu bestimmen. Die Konstellation des Art. 137 Abs. 3 WRV ist mit der des Art. 7 Abs. 3 GG vergleichbar: Der Religionsunterricht stellt ebenso wie das Selbstbestimmungsrecht ein staatliches Entgegenkommen an die Religionsgemeinschaften, ein Mittel zur Verwirklichung der Religionsfreiheit dar; die Grenze dieser Privilegierungen bildet dort das für alle geltende Gesetz, hier das staatliche Aufsichtsrecht. In beiden Fällen muss die genaue Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaft der Realisierung dieses Zweckes dienen, kann – beim Religionsunterricht – der Vorbehalt des staatlichen Aufsichtsrechts ganz allgemein also nur dort eine Rechtfertigung bieten, wo die Abwägung ergibt, dass Interessen des Staates berührt sind, hinter denen die besondere Förderung der Religionsfreiheit zurücktreten muss. Gegenüber der Religionsfreiheit lassen sich grundsätzlich also nur solche Schranken rechtfertigen, die der Wahrung und dem Schutz sonstiger Verfassungsgüter des Grundgesetzes dienen.¹⁸ Der Schutz dieser Güter von Verfassungsrang verhilft dem staatlichen Aufsichtsrecht erst zum notwendigen Gewicht, um der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung des Religionsunterrichts im Lichte der Religionsfreiheit standhalten zu können. Nun allerdings wird das eigentliche Problem deutlich: Unter Berufung auf andere Verfassungsgüter könnte hier, da das Grundgesetz in Form

¹⁷ BVerfGE 7, 198 (208f.).

¹⁸ Vgl. BVerfGE 102, 370 (388f.) zur Gewährung des Körperschaftsstatus.

des staatlichen Aufsichtsrechts eine Rechtfertigung für Eingriffe in den Inhalt des Religionsunterrichts zur Verfügung stellt, jedes Element der Organisation oder Glaubenslehre einer Religionsgemeinschaft am Grundgesetz gemessen werden. Bei unausgewogenem Vorgehen müsste dann jede Religionsgemeinschaft ihre Organisation und ihre Glaubenslehren nach den zahlreichen Werten und Prinzipien des Grundgesetzes gestalten, um Religionsunterricht erteilen zu dürfen. Damit würde aber von der Intention des Art. 7 Abs. 3 GG, schulischen Religionsunterricht gerade als besonderen Ausdruck der Religionsfreiheit zu gestatten, nur wenig bleiben. Auch die beiden großen christlichen Kirchen müssten so wohl den Religionsunterricht aufgeben, weil sie beispielsweise für Tätigkeiten in kirchlichen Einrichtungen die Zugehörigkeit zu einer der christlichen Kirchen voraussetzen, Sanktionen an bestimmte Formen privater Lebensgestaltung wie z. B. die Wiederverheiratung oder die gleichgeschlechtliche Partnerschaft knüpfen oder – wie die katholische Kirche – keine Frauen zum Priesteramt zulassen. Aus dem staatlichen Entgegenkommen würde sich so ein Instrument entwickeln, einer Religionsgemeinschaft entgegen Art. 4 Abs. 1 und 2 GG Vorgaben für ihre Glaubensinhalte machen zu können, wenn sie Religionsunterricht erteilen möchte.

Es ist daher notwendig, Kriterien für die Abwägung von Art. 4 Abs. 1 und 2 GG und den sonstigen Verfassungsgütern, über die das staatliche Aufsichtsrecht eine inhaltliche Überprüfung des Religionsunterrichts rechtfertigen kann, zu entwickeln. Abstrakt muss sich diese Abwägung daran orientieren, dass der Religionsgemeinschaft soviel Raum für ihre Glaubensinhalte und deren Vermittlung in der Schule wie möglich bleibt und sich das staatliche Interesse an der Beachtung sonstiger Verfassungsgüter nur dort durchsetzen soll, wo der Staat des Grundgesetzes und seine wesentlichen Prinzipien in der Glaubenslehre abgelehnt werden. Hierzu bietet es sich an, die Vorschriften der jeweiligen Glaubenslehren – gleichsam zur Vorsortierung – nach „Regelungsbereichen“ zu unterteilen, in denen die Geltung der übrigen Verfassungsgüter für den Staat bei der Vermittlung im schulischen Religionsunterricht von unterschiedlicher Wichtigkeit ist.

Heimann hat hierzu eine Unterscheidung zwischen „Binnen- und Außenkonzeption“ der Glaubenslehre einer Religionsgemeinschaft vorgeschlagen.¹⁹ Unter „Binnenkonzeption“ versteht er die innere Organisation einer Religionsgemeinschaft, die Beziehungen zu ihren Mitgliedern und die Beziehungen der Mitglieder untereinander. Die Ausgestaltung dieser Angelegenheiten – also sämtliche Glaubensinhalte und -werte, die eine Religionsgemeinschaft für ihre Mitglieder aufstellt, ihr Menschenbild, die Vorgaben für die Beziehungen ihrer Mitglieder untereinander sowie ihre Organisationsstruktur (ob z. B. demokratisch oder autoritär) – stellt einen

¹⁹ Hans Markus Heimann (FN 7), NVwZ 2002, 935 (939).

überhaupt Religionsunterricht in der öffentlichen Pflichtschule stattfinden soll. Der Staat ist Unternehmer dieses Unterrichts, er muss aber auch beauftragt sein. Wenn dies teilweise anders gesehen und Art. 7 Abs. 3 GG als Teil eines „verbindlich im Grundgesetz festgelegten staatskirchenrechtlichen Systems“ verstanden wird, sodass Religionsunterricht für die Religionsgemeinschaften kein Recht sei, auf das diese verzichten könnten²⁶, so verkennt dies die Grenze staatlicher Befugnisse. Die spezifisch bekenntnisbezogene Mitwirkung der Religionsgemeinschaft ist unverzichtbar. Sie kann nicht durch eine staatliche Bestimmung des Unterrichtsinhalts ersetzt werden. Will ein Land islamischen Religionsunterricht einrichten, so muss hierüber mit islamischen Glaubensgruppen Übereinstimmung bestehen. Diese müssen schon in der Phase der Planung beteiligt werden. Dass dazu bestimmte organisatorische Voraussetzungen auf Seiten der Glaubensgemeinschaft bestehen müssen, wird noch zu erörtern sein.

d) Islamunterricht als staatliche Veranstaltung außerhalb des Art. 7 Abs. 3 GG?

Was die staatliche Initiative angeht, entfaltet Art. 7 Abs. 3 GG deshalb auch eine Sperrwirkung. Dem Gesetzgeber und Schulträger ist es verwehrt, in ausschließlich eigener Initiative und deklariert als Unterricht in „Werte- und Sinnfragen“ oder als „islamischer Ethikunterricht“ außerhalb der Formen des Art. 7 Abs. 3 GG islamische Glaubensinhalte zum Unterrichtsgegenstand für islamische Schüler in öffentlichen Schulen zu erheben. Das wäre, um das Bild des Staates als Unternehmer des Religionsunterrichts noch einmal aufzugreifen, eine aufgedrängte Geschäftsführung ohne Auftrag. Es umginge die nach Art. 7 Abs. 3 GG notwendige Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaft und wäre auch mit dem Verfassungsprinzip der religiösen und weltanschaulichen Neutralität nicht vereinbar.²⁷ Auch Übergangslösungen – etwa bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Muslime in Deutschland gegebenenfalls organisiert haben – sind nur zulässig, solange sie nicht gegen die staatliche Pflicht zur religiösen Neutralität verstoßen: Wenn eine solche Übergangslösung, z. B. in Gestalt einer verfassungsrechtlich außerordentlich problematischen Islamkunde, als ein der Verfassung näherstehender Zustand gegenüber einem Zustand ohne islamischen Religionsunterricht angesehen wird²⁸, so bleibt außer Be-

²⁶ Ernst Friesenhahn, in: Essener Gespräche 5 (1971), 73.

²⁷ Richtig Janbernd Oebbecke, Das deutsche Recht und der Islam; in: Adel Theodor Khoury/Peter Heine/Janbernd Oebbecke (Hg.), Handbuch Recht und Kultur des Islam in der deutschen Gesellschaft, Gütersloh 2000, 287ff., 320; Hans Markus Heimann (FN 7), DÖV 2003, 238 (244).

²⁸ So Martin Heckel (FN 7), JZ 1999, 741 (754); Wolfgang Bock (FN 7), RdJB 2001, 330 (342); Stefan Muckel (FN 7), JZ 2001, 58 (64).

tracht, dass in jeder staatlichen Festlegung religiöser Unterrichtsinhalte gerade ein grundlegender Verfassungsverstoß liegt, der nicht akzeptabel ist. Bei dieser Wertung handelt es sich nicht um „eine isolierte Betrachtung einzelner verfassungsrechtlicher Aspekte unter Ausblendung gegenläufiger, verfassungsrechtlich anerkannter Belange“²⁹, sondern um die Abwägung der Aufgabe der staatlichen Neutralität einerseits mit der Nichtinanspruchnahme eines staatlichen Entgegenkommens, das allein unter Berufung auf die Religionsfreiheit nicht vom Staat eingefordert werden könnte, andererseits. Die staatliche Neutralität ist jedoch in einem multireligiösen Staat elementar, denn nur so kann eine friedliche Koexistenz gelingen.³⁰ Allenfalls hinnehmbar sind Übergangslösungen beispielsweise hinsichtlich der Ausbildung der Religionslehrer.

Damit bleibt als Alternative zu einem Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 2 und 3 GG nur die Möglichkeit, dass der Staat außerhalb des allgemeinen Unterrichts schulische Infrastruktur zur Verfügung stellt, um dort auf paritätischer Grundlage freiwilligen Religionsunterricht durch die Religionsgemeinschaften durchführen zu lassen. Bei einem solchen Unterricht, wie er beispielsweise in Berlin stattfindet, würde der Staat Religionsinhalte nicht selbst vermitteln, sondern ihre Vermittlung nur ermöglichen. Im Hinblick auf die Teilhabeansprüche der verschiedenen in Betracht kommenden Religionsgemeinschaften müssten die Bedingungen einer solchen Form des Religionsunterrichts im Schulgesetz festgelegt werden. Zu berücksichtigen ist, dass sowohl für Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 2 und 3 GG als auch für die „Berliner Lösung“ die Anforderungen des Grundgesetzes an den Inhalt des Unterrichts beachtet werden müssen; die inhaltliche Verfassungsmäßigkeit des Religionsunterrichts ist auch zu kontrollieren, wenn nur die materiellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, da der Staat ausschließlich Angelegenheiten mit verfassungsgemäßen Zielen fördern darf.

2. Ansprüche auf Religionsunterricht?

Eine ganz andere und kontrovers beantwortete Frage ist, ob subjektiv-öffentliche Ansprüche auf Einrichtung und Durchführung von Religionsunterricht aus Art. 7 Abs. 3 GG abgeleitet werden können. Das kann, sofern die von der Religionsgemeinschaft zu erbringenden Voraussetzungen erfüllt sind, für die Religionsgemeinschaft ohne weiteres bejaht werden. Es gibt dagegen keine Grundrechte der Schüler und Eltern auf die Einrichtung von Religionsunterricht³¹, jedenfalls nicht gegen den Willen der Religions-

²⁹ Stefan Muckel (FN 7), JZ 2001, 58 (64).

³⁰ Siehe BVerfGE 105, 279 (294).

³¹ A. A. zu dieser Frage Hartmut Maurer, Die verfassungsrechtliche Grundlage des Religionsunterrichts, in: Franz Ruland/Bernd Baron von Maydell/Hans-Jürgen Papier

gemeinschaft. Der Wortlaut des Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG deutet auf eine ausschließliche Berechtigung der Religionsgemeinschaften hin. Das wird durch systematische Überlegungen bestärkt. Eine grundrechtliche Gewährleistung zugunsten von Eltern und Schülern – manche wollen diese aus Art. 7 Abs. 3 GG i. V. m. dem Grundrecht der Religionsfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) und dem elterlichen Erziehungsrecht (Art. 6 Abs. 2 GG) ableiten³² – könnte nur den Staat als Grundrechtsadressaten verpflichten, niemals aber Dritte, nicht also die Religionsgemeinschaft. Der Staat kann aber nur die institutionell-organisatorischen Voraussetzungen, nicht hingegen die tatsächliche Durchführung des Religionsunterrichts garantieren – darüber bestimmen letztlich die Religionsgemeinschaften. In dieser Dreieckskonstellation können Leistungsrechte der Eltern und Schüler daher von vornherein nur einen sehr beschränkten Anwendungsbereich haben: Eltern und Schüler können den Staat allenfalls hinsichtlich der organisatorischen Voraussetzungen in Anspruch nehmen, etwa der Räumlichkeiten oder des Lehrmaterials. Weitergehende leistungsrechtliche Gehalte sind ausgeschlossen³³, auch bei Betonung eines Zusammenhanges von Art. 4 Abs. 1 und 2 GG und Art. 7 Abs. 3 GG. Das Grundrecht der Religionsfreiheit ist ein Abwehrrecht, das im Umfeld der Schule nicht zum originären Leistungsrecht erstarkt und dazu auch nicht erstarken kann: Leistungsrechte, die unter der Bedingung eines bestimmten Verhaltens eines anderen Grundrechtsträgers stehen, sind nicht denkbar.

Das Zwischenergebnis lautet: Es gibt nur sehr begrenzt grundrechtliche Ansprüche der Eltern und Schüler, die den Staat – in Zusammenwirken mit den Religionsgemeinschaften – zur Einrichtung islamischen Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen zwingen. Will der Staat dem islamischen Glauben als Unterrichtsgegenstand eines Religionsunterrichts Raum geben, so muss er die Zusammenarbeit mit den islamischen Gemeinschaften suchen. Art. 7 Abs. 3 GG verpflichtet allerdings den Staat zu einem Angebot, das seinerseits Erforderliche zu einem solchen Unterricht beizutragen. Ob das Angebot angenommen werden kann, falls muslimische Vereinigungen bereit sind, Unterricht in den Lehren des Koran in der staatli-

(Hg.), *Verfassung, Theorie und Praxis des Sozialstaats*. Festschrift für Hans F. Zacher, Heidelberg 1998, 577–590 (584ff.), der den Religionsgemeinschaften ein subjektives Recht auf Einrichtung des Religionsunterrichts abspricht und ausschließlich Schüler und Eltern als aus Art. 7 Abs. 3 GG berechtigt ansieht, da der Unterricht der Schüler und nicht der Kirchen wegen gewährleistet werde.

³² Jörg Winter, *Zur Anwendung des Art. 7 III GG in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland*, NVwZ 1991, 753ff., 754f.; Christoph Link, *Religionsunterricht in Deutschland*, ZevKR 47 (2002), 249ff.

³³ Vgl. Jeand'Heur/Stefan Koriath (FN 11), Rn. 311f.; Hans Dieter Jarass/Bodo Pie-
roth, *Grundgesetzkommentar*, München 2004⁷, Art. 7 Rdnr. 12.

chen Schule stattfinden zu lassen, hängt von bestimmten organisatorischen Voraussetzungen auf ihrer Seite ab.

3. Notwendige organisatorische Anforderungen an die Religionsgemeinschaft

Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG beschreibt die organisatorischen Anforderungen an die Partner des Staates bei der Einrichtung und Durchführung des Religionsunterrichts sehr knapp. Es muss sich um „Religionsgemeinschaften“ handeln. Das sind Personenvereinigungen mit dem Zweck, gemeinsame religiöse Überzeugungen umfassend zu betätigen. Mit der Erwähnung der Grundsätze der Religionsgemeinschaften, denen der Unterricht entsprechen muss, lässt Art. 7 Abs. 3 GG erkennen, dass nicht jede religiöse Vereinigung erwarten kann, Unterricht zur Vermittlung ihrer religiösen Überzeugungen werde in der Schule stattfinden. Grundsätze kann nur haben, wer einen Mindestbestand an feststehenden Glaubensinhalten aufweist. Das setzt Beständigkeit und Organisiertheit voraus. Übereinstimmung mit den Grundsätzen einer Religionsgemeinschaft lässt sich nur herstellen, wenn diese eine Instanz kennt, die dem Staat gegenüber verbindlich Inhalte des Glaubens und des Religionsunterrichts angeben kann. Das heißt nicht, dass die Religionsgemeinschaft alle Angehörigen der jeweiligen Religion umfassen muss. Es muss sich auch nicht zwingend um einen Zusammenschluss ausschließlich natürlicher Personen handeln. Verlangt wird schließlich nicht das Vorhandensein einer religiösen Autorität mit umfassender Zuständigkeit. Unverzichtbar ist allein die Fähigkeit, dem Staat gegenüber die Grundsätze für den Religionsunterricht zu bestimmen.

Die ganz überwiegende Auffassung versteht den Begriff „Religionsgemeinschaft“ in Art. 7 Abs. 3 Satz 2 GG so, dass die Rechtsform des Partners des Staates unerheblich sei, sofern nur die gerade genannten Kriterien vorlägen.³⁴ Der Religionsunterricht hänge insbesondere nicht davon ab, dass die beteiligte Religionsgemeinschaft Körperschaft des öffentlichen

³⁴ Vgl. nur Martin Heckel (FN 7), JZ 1999, 745. Ein neuer Ansatz findet sich bei Hans Markus Heimann (FN 7), DÖV 2003, 238 (241f.), der den Begriff der Religionsgemeinschaft in Art. 7 Abs. 3 GG als „Religionsunterrichtsgemeinschaft“ versteht: Hierunter falle auch ein religiöser Verein, der in Ermangelung sonstiger organisatorischer Strukturen eines Bekenntnisses für die Einrichtung schulischen Religionsunterrichts eintrete und zumindest hinsichtlich des zu vermittelnden Lehrstoffes ein homogenes Bekenntnis unter seinen Mitgliedern aufweise. Denkbar seien auch mehrere „Religionsunterrichtsgemeinschaften“ derselben Religion, weil deren Bekenntnisinhalt unterschiedlich sein könne. Daneben müsse ein solcher Verein organschaftlich organisiert sein und eindeutige Mitgliedschaftsregelungen aufweisen. Agieren könne der Verein nur für seine Mitglieder, nicht jedoch für Nichtmitglieder, auch wenn sie derselben Religion angehören. A. A. Stefan Muckel Anmerkung zu OVG Berlin, Urteil vom 4. 11. 1998 (FN 10), DVBl. 1999, 558 (559) und ders. (FN 7), JZ 2001, 58 (60f.).

Rechts nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV sei. Das ist zweifelhaft. Die besseren Gründe sprechen dafür, beim Gemeinschaftsunternehmen Religionsunterricht die Beteiligungsfähigkeit enger zu fassen und de constitutione lata den Körperschaftsstatus der beteiligten Religionsgemeinschaft zu verlangen.³⁵ Um Missverständnisse zu vermeiden: Damit sollen nicht etwa die Hürden für einen islamischen Religionsunterricht erhöht werden. Das Ziel ist vielmehr eine praktikable Auslegung des Art. 7 Abs. 3 GG. Dass hierzu dann auch ein von großkirchlichen Leitbildern abgelöstes Verständnis des Körperschaftsstatus gehört, sei bereits hier angemerkt.

Weil die hier vertretene enge Auslegung, die zugegebenermaßen den Wortlaut des Art. 7 Abs. 3 GG strapaziert, ziemlich allein steht, soll zur Begründung und zu den Konsequenzen für islamischen Religionsunterricht etwas weiter ausgeholt werden. Historisch ist von Interesse, dass der nie Gesetz gewordene Entwurf eines Reichsschulgesetzes von 1926 ausdrücklich vorgesehen hatte, dass eine staatliche Pflicht zur Einrichtung von Religionsunterricht nur den Religionsgesellschaften gegenüber bestehe, die Körperschaften des öffentlichen Rechts seien. Der Parlamentarische Rat thematisierte die Frage der Rechtsform bei der Beratung des Art. 7 GG nicht³⁶ – was nicht überrascht, da 1948/49 der Religionsunterricht als traditionelles Element der Kooperation von Staat und christlichen Kirchen gesehen wurde. Die Kirchen aber waren nun einmal selbstverständlich Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Mit Blick auf in unserem Kulturkreis neue Religionen haben bei der Norminterpretation systematische und teleologische Überlegungen besonderes Gewicht. Unbestritten ist, dass Religionsunterricht nur in Kooperation mit solchen Religionsgemeinschaften möglich ist, die aufgrund ihrer inneren Verfassung in der Lage sind, berechenbarer Partner des Staates zu sein. Unbestritten sind auch die Schwierigkeiten im Verhältnis zum Islam: Er zerfällt in verschiedene religiöse Richtungen. Kirchenbildung und Gemeindeprinzip einschließlich Mitgliedschaft sind ihm fremd. *Claus Leggewie* spricht von der „polyzentrischen und fragmentierten Struktur des Islam“³⁷, wenngleich es in der europäischen Diaspora Tendenzen zur Herausbildung festerer Organisationsstrukturen gibt. Das hat allerdings in Deutschland auch eine verwirrende Vielzahl von teils konkurrierenden Gruppen zur Folge. Es gibt darüber hinaus noch weitere Schwierigkeiten:

³⁵ Näher *Stefan Koriath* (FN 7), NVwZ 1997, 1041 (1046ff.). Zumindest in der Zielrichtung ähnlich geht BVerwG NVwZ 2005, 2101, wonach zwar der Körperschaftsstatus nicht erforderlich sei, wohl aber die Voraussetzungen gegeben sein müssten, die den Erwerb des Status ermöglichen würden.

³⁶ Vgl. *Stefan Koriath*, (FN 7), NVwZ 1997, 1041 (1047).

³⁷ *Claus Leggewie* (FN 3), 29, 185.

Ist der Islam als Unterrichtsgegenstand didaktisch und fachlich so aufbereitet, wie es das ordentliche Lehrfach des Art. 7 Abs. 3 GG, das ja auch versetzungserheblich sein kann, verlangt? Gibt es Lehrer, die die geforderten fachlichen und pädagogischen Qualifikationen aufweisen?

Sicherlich: Ob es den verlässlichen Partner des Staates gibt, ist nicht primär eine Frage des weltlich-rechtlichen Status, sondern der theologisch begründeten Verfasstheit. Auch eine Religionsgemeinschaft, die ein Verein ist, kann mit dem Staat zusammenarbeiten. Insoweit ist die Auffassung, der Kreis der Religionsgemeinschaften in Art. 7 Abs. 3 GG sei nicht auf Körperschaften begrenzt, plausibel. Sie trägt jedoch den Besonderheiten des Religionsunterrichts noch nicht in genügender Weise Rechnung. Diese gemeinsame Angelegenheit mit engster Verbindung von Staat und Religion, gleichzeitig sensibelster Verbindung, weil es um Fragen der Erziehung geht, verlangt bei beiden Partnern dieses Unterrichts einen entsprechenden „status cooperationis“. Dieser kommt auf Seiten der Religionsgemeinschaft nur in der Rechtsstellung der Körperschaft des öffentlichen Rechts zum Ausdruck. Der Körperschaftsstatus eröffnet – auf der Grundlage der Unabhängigkeit von Staat und Religionsgemeinschaften – die Möglichkeit eines vertieften Miteinanders. In den Worten von *Muckel*: Öffentlichrechtliche Verfasstheit eröffnet „eine besondere Zuordnung der Religionsgemeinschaft zum Staat. [...] Kennzeichen von Religionsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, ist die Pflege von Gemeinschaftsinteressen im Bereich des Öffentlichen.“³⁸ Der Körperschaftsstatus ist – so jetzt das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Korporationsfähigkeit der Zeugen Jehovas vom 19. Dezember 2000 – Medium grundrechtlicher Freiheit, aber eben auch Zeichen der Zuwendung zur Sphäre des Öffentlichen.

Das führt zum Religionsunterricht zurück. In der öffentlichen Schule ist er nicht introvertierte und private Vermittlung von Glaubenslehren. Er gehört vielmehr zu dem Teil der Erziehung, den Art. 7 Abs. 1 GG der Aufsicht und Organisation des Staates unterstellt. Er verlangt engste Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaft. Der Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist Ausdruck dafür, diese Kooperation leisten zu können und – hier liegt das Entscheidende – sie auch zu wollen. Der Körperschaftsstatus als Voraussetzung des Religionsunterrichts löst zugleich auch in organisatorischer Hinsicht das bereits erörterte Problem, dass islamischer Religionsunterricht „wegen Bedenken hinsichtlich der Verträglichkeit islamischer Lehren mit wichtigen Grundsätzen unseres verfassungsrechtlichen Systems“ derzeit schwer vorstellbar sei. Immerhin haben auch nach islamischen Vorstellungen Muslime außerhalb einer islami-

³⁸ *Stefan Muckel*, Muslimische Gemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts, DÖV 1995, 311ff., 313.

schen Staatsordnung die Gesetze des von ihnen bewohnten Staates zu beachten. Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland hat letzteres 1997 so beschrieben: „Der Islam regelt als ganzheitliche Lehre alle Bereiche des Lebens, setzt den ethischen Rahmen für die zwischenmenschlichen Beziehungen und liefert die Grundsätze, nach denen sich politisches Handeln und ein Staatsaufbau orientieren sollte. Die gesellschafts- und staatsrelevanten Leitbilder des Islam haben aber nur Gültigkeit für die Muslime und haben nur in einem islamischen Staat mit einer islamischen Bevölkerungsmehrheit verbindlichen Charakter. Der Islam erlaubt seinen Anhängern als Minderheit in einem nichtislamischen Staat zu leben und verpflichtet sie, seine Gesellschafts- und Staatsordnung zu respektieren, solange diese die freie Religionsausübung garantiert.“³⁹

Die berechnete Forderung nach einer Grundgesetzkonformität islamischen Lehrens findet mit dem Körperschaftsstatus als Voraussetzung des Religionsunterrichts ihre formale Berücksichtigung: Zur „Verfassung“ der Religionsgemeinschaft, die Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV als Voraussetzung für die Verleihung des Körperschaftsstatus verlangt, gehört die Übereinstimmung mit grundlegenden Verfassungswerten. Das Bundesverfassungsgericht formuliert in seinem sehr grundsätzlichen „Zeugen-Jehovas-Urteil“, das sicher auch mögliche islamische Körperschaftsbewerber im Auge hat: „Die Grenzen, innerhalb deren eine Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts frei handeln darf, zieht die Verfassung gerade auch durch ihre grundlegenden Wertentscheidungen. Zu diesen Wertentscheidungen gehören die Religionsfreiheit, [...] das Verbot jeglicher Staatskirche oder Staatsreligion (Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 1 WRV) sowie die Grundsätze der religiös-weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Parität der Religionen und Bekenntnisse. [...] Eine Religionsgemeinschaft, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erwerben will, muss insbesondere die Gewähr dafür bieten, dass ihr künftiges Verhalten die in Art. 79 Abs. 3 GG umschriebenen fundamentalen Verfassungsprinzipien, die dem staatlichen Schutz anvertrauten Grundrechte Dritter sowie die Grundprinzipien des freiheitlichen Religions- und Staatskirchenrechts des Grundgesetzes nicht gefährdet.“⁴⁰

Fehlen diese Voraussetzungen, so kann der Staat weder die Ausübung von Hoheitsrechten durch die Religionsgemeinschaft dulden noch mit ihr im originär staatlichen Bereich der öffentlichen Schule zusammenarbeiten. Versteht man den Begriff „Religionsgemeinschaft“ in Art. 7 Abs. 3 GG als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“, dann wird die Frage der Zusammenarbeit richtig erfasst und eingeordnet. Die Abhängigkeit des Religions-

unterricht vom Körperschaftsstatus verstößt deshalb auch nicht gegen das aus Art. 3 Abs. 1 GG abzuleitende Gebot der Gleichbehandlung der Religionsgemeinschaften. Schematische Parität ist nicht verlangt. Im Sachbereich Religionsunterricht erweist sich die Körperschaftsstellung als ein sachgerechtes Differenzierungskriterium. Eine unzulässige Privilegierung der Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus findet nicht statt, zumal Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV den privatrechtlichen Religionsgemeinschaften unter den dort genannten Voraussetzungen den Körperschaftsstatus anbietet. Sehr wichtig ist, dass mit Blick auf die Verleihung der Korporationsrechte an islamische Gemeinschaften die Verleihungsvoraussetzungen konsequent von großkirchlichen Vorstellungen abgelöst werden. Die Ermöglichung islamischen Religionsunterrichts verlangt Anpassungsleistungen von den Religionsgemeinschaften, aber auch vom Staat. Staatliche Stellen müssen bereit sein, bei den Verleihungsvoraussetzungen des Körperschaftsstatus den islamischen Gemeinschaften entgegenzukommen. Ein insgesamt richtiger Schritt zu letzterem liegt in der „Zeugen-Jehovas-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember 2000 zu den Voraussetzungen des Körperschaftsstatus. Das Gericht versteht und bestimmt den Körperschaftsstatus nach Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 5 WRV als Ausdruck grundrechtlicher Freiheit. Das ist vielleicht der wichtigste Punkt des Urteils überhaupt. „Im Kontext des Grundgesetzes ist der den Religionsgemeinschaften in Art. 137 Abs. 5 Satz 2 WRV angebotene Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ein Mittel zur Entfaltung der Religionsfreiheit [...]“. Er „soll die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Religionsgemeinschaften unterstützen. Die Religionsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlichem Status sind in gleichem Umfang grundrechtsfähig wie Religionsgemeinschaften privatrechtlicher Rechtsform. Sie stehen dem Staat als Teile der Gesellschaft gegenüber [...]. Dass sie ihre Tätigkeit frei von staatlicher Bevormundung und Einflussnahme entfalten können, schafft die Voraussetzung und den Rahmen, in dem die Religionsgemeinschaften das Ihre zu den Grundlagen von Staat und Gesellschaft beitragen können [...]“.⁴¹

Von dieser grundrechtlichen Einordnung aus bestimmt das Gericht auch die rechtlichen Bindungen der Korporation: Sie muss rechtstreu sein und die Gewähr dafür bieten, dass ihr „künftiges Verhalten die in Art. 79 Abs. 3 GG umschriebenen fundamentalen Verfassungsprinzipien, die dem staatlichen Schutz anvertrauten Grundrechte Dritter sowie die Grundprinzipien des freiheitlichen Religions- und Staatskirchenrechts des Grundgesetzes nicht gefährdet“.⁴² Dabei gilt es zu beachten: Das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Entscheidung zugleich angedeutet, dass es nicht

³⁹ Zit. nach BT-Drs. 14/4530, 73.

⁴⁰ BVerfGE 102, 370 (390, 392).

⁴¹ BVerfGE 102, 370 (387).

⁴² BVerfGE 102, 370 (392).

durch jeden einzelnen Verstoß gegen Recht und Gesetz die Gewähr rechtstreuen Verhaltens einer Religionsgemeinschaft in Frage gestellt sieht. Auch einer korporierten Religionsgemeinschaft sei es unbenommen, Meinungsverschiedenheiten mit staatlichen Behörden darüber, wo im Einzelfall die der Religionsfreiheit und dem religiösen Selbstbestimmungsrecht (Art. 140 GG i. V. m. Art. 137 Abs. 3 WRV) durch das Gesetz gezogene Grenze verläuft, durch die Gerichte klären zu lassen. Erwartet werden müsse nur, dass die Religionsgemeinschaft im Grundsatz bereit sei, Recht und Gesetz zu achten und sich in die verfassungsmäßige Ordnung zu fügen.⁴³

Weitergehende Forderungen, insbesondere nach einer Staatsloyalität der Körperschaftsbewerber, hat das Gericht ausdrücklich abgelehnt. Dieses Verständnis des Körperschaftsstatus sollte als Angebot auch an islamische Vereinigungen verstanden werden. Es sollte zugleich Ermunterung sein, die Fragen des Religionsunterrichts und der Korporationsfähigkeit im Zusammenhang zu sehen und zu lösen.

III. Fazit

Letztlich geht es beim islamischen Religionsunterricht um das allgemeine Problem, wie dem europäischen und deutschen Kulturkreis fremde Religionen den Rechtsformen unseres Staatskirchenrechts eingefügt werden können. Die in Art. 7 Abs. 3 GG angelegte Aufgabenverteilung ist historisch auf die beiden großen Kirchen zugeschnitten, ohne rechtlich auf sie begrenzt zu sein. Der zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität verpflichtete Staat ist verfassungsrechtlich verpflichtet, die Konkurrenz der unterschiedlichen Religionsangebote in der inzwischen multireligiösen Gesellschaft nicht durch einseitige Eingriffe zu behindern oder zu unterbinden. Wenn der Staat verpflichtet ist, wie es Art. 7 Abs. 3 GG vorsieht, die Verbreitung von Glaubenslehren in der Schule im Sinne einer gemeinsa-

⁴³ BVerfGE 102, 370 (392). Hans Markus Heimann (FN 7), NVwZ 2002, 935 (941) folgert hieraus nicht zu Unrecht, dass sich das Kriterium der „Rechtstreue“ als Leerformel entlarve: Wenn einem bestimmten Verhalten einer Religionsgemeinschaft oder ihrer Mitglieder an sich Rechtsvorschriften entgegenstünden, dieses Verhalten aber – wovon regelmäßig auszugehen sein werde – als Ausübung der Religionsfreiheit deklariert werde, dann sei das Kriterium für „Rechtstreue“ gerade die Entscheidung, ob Art. 4 Abs. 1 und 2 GG das Verhalten gegenüber dem Verbot aus sonstigen Rechtsvorschriften schütze oder nicht. Bis zum Zeitpunkt dieser Entscheidung habe das Kriterium „Rechtstreue“ keinen eigenen Gehalt. Erst wenn zu einem bestimmten Verhalten eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung vorliege, die für eine Sanktionierung keine Verletzung der Religionsfreiheit festgestellt hat, könne bei weiteren Verstößen durch eine vergleichbare Handlung davon gesprochen werden, dass eine Religionsgemeinschaft nicht „rechtstreu“ sei.

men Angelegenheit zu unterstützen, zu deren Erfüllung er Lehrpläne aufstellen und Lehrpersonal zur Verfügung stellen muss, dann führt dies unweigerlich zu Schwierigkeiten; die moderne Gesellschaft verfügt nur noch eingeschränkt über einen Grundbestand an religiösen Überzeugungen. Diese Schwierigkeiten lassen sich nur so auflösen: Einerseits müssen von den unserem Kulturkreis ursprünglich fremden Religionsgemeinschaften Anpassungen an unser Rechts- und Freiheitsverständnis verlangt werden. Andererseits müssen die Begriffe und Institutionen unseres Staatskirchenrechts so interpretiert werden, dass neue Religionen ihren Platz finden. Das bedeutet für den Religionsunterricht: Von islamischen Gemeinschaften, die diesen Unterricht in den Formen des Art. 7 Abs. 3 GG wünschen, kann erwartet werden, verbindliche Lehrinhalte zu formulieren, die den Grundsätzen unseres Verfassungsrechts entsprechen. Der Staat muss und darf nicht jede inhaltliche Gestaltung des Religionsunterrichts hinnehmen. Die in den Landesverfassungen und Schulgesetzen normierten Erziehungsziele (z. B. Toleranz) bestimmen auch den Gestaltungsspielraum dieses Unterrichts. Vom Staat ist strikte Neutralität zu verlangen. Das konkretisiert sich in einer Handhabung der Begriffe „Religionsgemeinschaft“ und „Grundsätze der Religionsgemeinschaften“ in Art. 7 Abs. 3 GG, die es vermeidet, die „Maßstäbe abendländischer Rechtstradition anzulegen und eine Anpassung der inneren Organisationsstruktur islamischer Vereinigungen an vergleichbare Strukturen der christlichen Kirche zu verlangen“⁴⁴. Das bedeutet nicht, dass von der Voraussetzung eines verbindlich sprechenden religiösen Verhandlungspartners abgesehen werden kann. Es verlangt aber, den Begriff der Religionsgemeinschaft – nach hier vertretenem Verständnis des Art. 7 Abs. 3 GG: den Begriff der Körperschaft des öffentlichen Rechts – großzügig zu handhaben und von (groß)kirchlichen Leitbildern abzulösen. Bewegen sich Staat und islamische Gemeinschaften in dieser Weise aufeinander zu, dann dürfte die – derzeit vielleicht teils berechtigte – Furcht vor islamischem Fundamentalismus in der Schule unbegründet sein.

⁴⁴ Insoweit mit Recht OVG Berlin DVBl. 1999, 554, 557f.